

SPERRFRIST: 12.00 Uhr

Medienmitteilung vom 16. Dezember 2016

Stellungnahme zum klärenden Gespräch zwischen Ärztekammer und Vertretern der Regierung

Eschen, am 16. Dezember 2016 – Der Vorstand der Liechtensteinischen Ärztekammer hat sich gestern auf Wunsch von Gesellschaftsminister Dr. Mauro Pedrazzini in den Räumlichkeiten der Ärztekammer zu einem klärenden Gespräch getroffen, an welchem auch Regierungschef Adrian Hasler teilgenommen hat.

Die Ärztekammer hat den Regierungsvertretern die Gründe für den von der gesamten Ärzteschaft gefällten Beschluss, ab 1. Januar 2017 nicht mehr in der OKP tätig zu sein, ausführlich erläutert. Die Regierungsvertreter haben zur Kenntnis genommen, dass die Ärzteschaft aufgrund des abgeleiteten Eids eine staatlich diktierte medizinische Versorgung, in welcher der Patient nicht als Mensch sondern als Kostenfaktor gesehen wird, nicht mittragen kann und wird. Die Aufhebung der ärztlichen Behandlungs- und Therapiefreiheit zu Lasten des Patienten ist für die Ärzteschaft ebensowenig tragbar wie die Aufhebung der Handels- und Gewerbefreiheit und die daraus resultierende Degradierung des freien ärztlichen Berufsstands zu Scheinselbständigen bzw. Angestellten des Staates oder der Krankenkassen.

Die Regierungsvertreter haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzteschaft und Regierung durch die jahrelange Desavouierung eines kompletten Berufsstands nachhaltig erschüttert ist. Durch die politische Rhetorik der letzten Jahre und die Stigmatisierung des gesamten Berufsstands als Kostentreiber, Abzocker und Powerseller wurde der Ärzteschaft die Würde genommen und ihr die Ausrichtung des gesamten ärztlichen Handels an die Patienteninteressen abgesprochen. Es wird Zeit und ehrliche Bemühungen benötigen, das Vertrauen in die politische Führung des Landes wiederherzustellen.

Die Ärzteschaft ist selbstredend interessiert, die bestehende Vertrauenskrise zu überwinden. Dazu bedarf es jedoch eines Umdenkens im Umgang mit den Ärzten und den gesamten Gesundheitsberufen, die sich tagtäglich mit Leidenschaft, Engagement und Aufopferung für die Gesundheit der heimischen Bevölkerung einsetzen sowie einer Rückbesinnung zu einer medizinischen Versorgung, welche dem Patienten den uneingeschränkten Zugang zu einer hochqualitativen Medizin ermöglicht, statt ihn als prämienzahlenden Kostenfaktor anzusehen.

Bis dahin wird die Ärzteschaft ihren Entscheid, ab 1. Januar 2017 nicht mehr für die OKP tätig zu sein, wie geplant umsetzen. Die Ärztekammer hat Verständnis für die aktuelle Verunsicherung der Patienten und hat den Regierungsvertretern ans Herz gelegt, die in ihrer Entscheidungskompetenz liegenden Mittel zu ergreifen, um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ab 1. Januar 2017 zu gewährleisten. Es muss oberstes Ziel aller involvierten Parteien sein, den Patienten nicht zum politischen Spielball zu machen, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung hat jederzeit oberste Priorität.

Pressekontakt

Mag.iur. Stefan Rüdisser

Liechtensteinische Ärztekammer

Tel. 00423 370 20 30

stefan.ruedisser@aerztekammer.li